

Donnerstag (Vormittag), 9. Dezember 2021 / Jeudi matin, 9 décembre 2021

---

**2. Priorität – Direktion für Inneres und Justiz /****2<sup>e</sup> priorité – Direction de l'intérieur et de la justice**

**67 2020.RRGR.404 Motion 310-2020 Gerber (Hinterkappelen, Grüne)**  
**Politische Partizipation auf Gemeindeebene verbessern: Gemeindeparlamente für grössere und mittelgrosse Gemeinden**

**67 2020.RRGR.404 Motion 310-2020 Gerber (Hinterkappelen, Les Verts)**  
**Parlements communaux dans les communes moyennes et grandes pour une meilleure participation politique au niveau communal**

**Le président.** Nous abordons maintenant les affaires de deuxième priorité de la DIJ. Nous attendons la venue de Mme la conseillère d'Etat, Evi Allemann. (*Kurze Pause / Courte pause*) Je salue la présence de Mme la conseillère d'Etat Evi Allemann ainsi que de sa collaboratrice et de son collaborateur.

Pour les affaires du point numéro 67 et suivante, je ne sais pas encore lequel, mais 67 et suivant, je laisse la direction à M. le premier vice-président Martin Schlup et M. le deuxième vice-président Francesco Rappa.

*Der Vizepräsident übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président prend la direction des délibérations.*

**Vizepräsident.** Auch der Vizepräsident begrüsst Sie; schön, sind Sie alle da! Wir machen weiter mit der zweiten Priorität der DIJ. Regierungsrätin Allemann wurde vorhin begrüsst. Wir kommen jetzt zum Traktandum 67. Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung. Die Diskussion ist frei. Der Motionär hat das Wort.

**Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne), Motionär.** Es war Gemeindeversammlung vor 14 Tagen in Huttwil: 20 Personen waren anwesend. Einwohnerzahl: 5300 Personen. Das sind 0,7 Prozent der stimmberechtigten Bevölkerung. Es war Gemeindeversammlung vorgestern Abend in Wohlen: 72 anwesende Personen bei 9300 Einwohner. Anderthalb Monate früher kamen 52 Personen. An die Gemeindeversammlungen kommen maximal 2 Prozent der Bevölkerung. Es kommen der harte Kern und dann noch ein paar Interessensvertreter. Und genau das macht eine Gemeindeversammlung sehr unberechenbar. Ich kann mich z. B. an eine Gemeindeversammlung vor ein paar Jahren erinnern, da hat der Gemeindeversammlungsleiter zu Beginn bekannt gegeben, dass ein Traktandum von der Traktandenliste abgesetzt werden musste. Was ist passiert? Von den ungefähr 120 anwesenden Personen standen 60 auf und haben den Saal verlassen, bevor die Versammlung überhaupt angefangen hat. Das ist Tatsache, das passiert an einer Gemeindeversammlung in den grösseren Gemeinden. Eine Gemeindeversammlung hat auch die Chance, dass man z. B. durch einen Überraschungseffekt plötzlich ein Geschäft durchbringen kann, das keine Chance hätte, wenn es in den Fraktionen diskutiert würde.

Zudem hat Covid-19 gezeigt, dass die Gemeindeversammlung für grössere Gemeinden nicht zielführend ist. In meiner Wohngemeinde Wohlen wurden verschiedene Gemeindeversammlungen abgesagt; über die Traktanden wurde dann an der Urne abgestimmt. Das ist eigentlich kein Problem, das ist auch richtig so. Was gefehlt hat, ist die politische Auseinandersetzung, die so nicht stattfand. Ein Parlament hingegen kann auch in Krisenzeiten tagen.

Was noch dazu kommt: Im Parlament muss sich jeder Parlamentarier und jede Parlamentarierin mit allen Geschäften befassen, sich dazu eine Meinung bilden und ein Thema in den Kontext des Gemeindewohls setzen. Die Motion ist sehr offen formuliert. Ich habe bewusst darauf verzichtet, eine

genaue Zahl von Einwohnern zu nennen und zu sagen, was eine grössere oder eine mittlere Gemeinde ist. Ich habe auch darauf verzichtet, ein Wahlsystem vorzuschreiben. Es wären also Proporz- oder Majorzwahlen möglich. Ich freue mich auf die Diskussion!

**Melanie Gasser, Ostermundigen (glp)**, Fraktionssprecherin. Ja, uns ist allen bekannt, dass an diese Gemeindeversammlungen leider nicht mehr so viele Leute wie früher kommen. In vielen Gemeinden sind es gerade noch 2 bis 3 Prozent der Bevölkerung, das haben wir gehört, die an den Gemeindeversammlungen teilnehmen. In einigen Orten sind es mehr; in den kleinen Gemeinden sind es zum Teil bis 20 Prozent, aber in den mittelgrossen bis grossen Gemeinden ist dieser Prozentsatz wirklich zum Teil sehr gering, das belegen mehrere Studien. Auch die Bevölkerungsstruktur ist bei solchen Gemeindeversammlungen natürlich sehr viel älter. Oft gehen alteingesessene Leute traditionellerweise an die Gemeindeversammlungen. Die junge Bevölkerung ist oft untervertreten, wobei man ja ehrlicherweise auch sagen muss: Wenn sie sich wirklich beteiligen wollen, dann können sie ja auch gehen. Aber unter dem Aspekt der geringen Beteiligung muss man berechtigterweise vielleicht manchmal ein Fragezeichen hinter die politische Legitimation der Entscheide setzen, die an Gemeindeversammlungen getroffen werden. Es ist auch klar – ich lege das offen –, dass ein Gemeindeparlament für die glp als mittlere oder kleine Partei – und auch für alle anderen kleinen Parteien – natürlich ein wichtiges Instrument für die Beteiligung am politischen Prozess ist. Für uns ist der Schritt in die Exekutive oft schwer.

Und es ist auch klar, dass sich viele Gemeinderäte natürlich gegen ein Parlament sträuben. Vielleicht auch nicht ganz zu Unrecht! Häufig wird die Verwaltung mit Vorstössen überschwemmt, die Prozesse werden langsamer, und das Personal muss am Abend an Sitzungen der Kommissionen teilnehmen. Das ist auch nicht immer sehr beliebt, aber gerade wir als Kantonsparlamentarier dürfen uns doch einig sein über die wichtige Controlling-Funktion eines Parlaments. Diskussionen, Auseinandersetzungen mit dem politischen Geschäft, Fragen: Das ermöglicht Kompromisse und möglichst gute Lösungen. Das ist doch genau das, was wir bei jedem Geschäft wollen. Wir wollen eine möglichst hohe Qualität dieser Lösung erreichen können. Nicht zuletzt ist ein solches Parlament für alle Parteien eine sehr gute Nachwuchsschmiede.

Wenn da das kleine Wörtchen «aber» nicht wäre. Sie hören, dass die glp grundsätzlich die Einführung von Gemeindeparlamenten unterstützt. Aber wir halten auch die Gemeindeautonomie sehr hoch. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir als Kanton den Gemeinden nicht aufzwingen dürfen, welche politischen Instrumente und Prozesse sie bei ihnen in der Gemeinde wollen. Deshalb lehnen wir diesen Vorstoss ab.

Wir möchten aber die grossen und mittelgrossen Gemeinden, und gerade diejenigen, die wissen, dass sie schlechte Beteiligungen an der Gemeindeversammlung haben, dazu einladen, dass sie diese Frage immer wieder neu aufnehmen und prüfen, und dass sie vielleicht mehr als die 40, 50 Nasen am Dienstagabend an der Gemeindeversammlung im «Säali» des Bären fragen, was sie von einer Einführung von Gemeindeparlamenten halten und diese Frage mit der Gesamtbevölkerung klären sowie versuchen, mit partizipativen Prozessen die ganze Bevölkerung in diese Fragestellungen miteinzubeziehen.

**Philippe Messerli, Nidau (EVP)**, Fraktionssprecher. Der Kanton Bern gewährt den Gemeinden relativ grossen Spielraum bei der rechtlichen Ausgestaltung von ihrem Parlament. Das schreibt der Motionär in der Begründung zu seiner Motion, und das ist auch richtig so. Jede Gemeinde hat ihre eigene Geschichte, Tradition, politische Kultur und auch unterschiedliche Bedingungen und Bedürfnisse. Das erklärt auch, weshalb im Kanton Bern teilweise kleinere Gemeinden ein Gemeindeparlament haben, aber auch, wieso zwei Gemeinden mit über 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner nach wie vor Gemeindeversammlungen abhalten. Lassen wir also die Gemeinden selber darüber entscheiden, welche legislative Form sie für geeignet halten.

Entscheidend ist einzig, dass die demokratischen Spielregeln eingehalten werden, die Prozesse transparent sind und die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürgern garantiert ist. Es ist so, es gibt Gemeindeversammlungen, die vielleicht von wenigen Leuten besucht werden. Es ist so, dass einzelne Interessengruppen teilweise sehr mobilisieren und Entscheide kippen können. Das ist alles

wahr, aber es ist auch so, dass zum Teil bei den Grossratswahlen die Stimmbeteiligung ebenfalls bei 30 Prozent liegt – in einzelnen Gemeinden ist sie sogar noch tiefer und liegt bei 20 Prozent. Aber das ist der Entscheid der Bürgerinnen und Bürger, ihre Pflicht, sich zu beteiligen. Aber wenn die Bürgerinnen und Bürger selber auf die Idee kommen, dass ein Problem vorliegt, sollen sie doch aktiv werden und sich für die Einführung eines Gemeindeparlaments einsetzen. Es ist sicher nicht die Aufgabe des Kantons, hier einzugreifen und Vorschriften zu machen.

Die EVP ist der Meinung, dass man den Gemeinden ihre Autonomie und Organisationsfreiheit lassen soll. Wir können und dürfen grösseren und mittelgrossen Gemeinden nicht die Einführung eines Parlaments aufzwingen, wie das der Motionär fordert. Die EVP lehnt deshalb die Motion in beiden Punkten ab.

**Natalie Imboden, Bern (Grüne),** Fraktionssprecherin. Für die grüne Fraktion ist der vorliegende Vorstoss ein wichtiger Beitrag zur Diskussion, wie wir auf den verschiedenen Staatsebenen unsere politische Beteiligung organisieren. Die politische Debatte im Staatswesen beginnt in der Gemeinde – ich glaube, das ist uns allen bewusst. Wir sind ein föderaler Staat, aufgebaut von unten nach oben. Die Gemeinde ist der Ort, an dem die Bevölkerung am ehesten mit Politik in Berührung kommt und mitbestimmen kann. Was passiert in der Schule? Wo ist der Fussgängerstreifen? Aber auch ganz andere zentrale Fragen, die die Menschen tagtäglich beschäftigen. Es ist ein Ort der Mitbestimmung und der politischen Debatte, der so etwas wie die Grundlage ist für die Politik in diesem Land.

Warum unterstützt die grüne Fraktion den vorliegenden Vorstoss? Wir sind der Meinung, dass es in diesem Bereich einen gewissen Korrekturbedarf gibt. Wir haben es auch schon gehört: Wenn bei Gemeindeversammlungen nur 20 Personen anwesend sind, stellt sich doch tatsächlich die Frage, ob hier die Mitbestimmung, die Demokratie und die Wahrung der politischen Rechte wirklich in diesem Sinne auch gelebt wird, wo sie wichtig wäre. Die grüne Fraktion teilt natürlich die Einschätzung, dass die Gemeindeautonomie einen hohen Stellenwert hat. Das ist auch für uns grundsätzlich richtig und wichtig. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Einführung des Stimmrechts für die Frauen haben wir auch nicht jede Berner Gemeinde einzeln befragt, ob sie der Meinung ist, dass das Frauenstimmrecht richtig ist. Es gibt gewisse Debatten, da sind wir alle gefordert, diese gemeinsam zu führen. Jetzt einfach mit dem Verweis auf die Gemeindeautonomie darauf hingewiesen, dass wir diese Diskussion nicht führen sollten, ist, glaube ich, nicht ganz zielführend.

Melanie Gasser, Vertreterin der glp hat das vorher sehr gut gesagt: Wenn man die 20, die an eine Gemeindeversammlung kommen, fragt, ob sie der Meinung sind, man solle die Gemeindeversammlung abschaffen oder nicht, ist die Antwort klar, glaube ich. Wie wir diesen Prozess gestalten, indem wir eben die Gemeinden fragen – und ich spreche hier von den grösseren Gemeinden... –, das ist ein Prozess, den wir lancieren müssen, den wir begleiten müssen, und man muss die Diskussion führen *wollen*. Und klar: Die meisten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben wahrscheinlich nicht wahnsinnig viel Freude, wenn es ein neues Gemeindeparlament gibt, weil man das Gefühl hat, dass es komplizierter wird. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Demokratie ist ein Prozess. Demokratie ist ein Prozess, der nicht einfach linear von A nach B geht, sondern es braucht eine Diskussion. Darum scheint es uns wichtig, diesbezüglich diese Diskussion auch zu führen.

Wir haben auch im Kanton Bern sehr unterschiedliche Traditionen. Wir wissen: Im französischsprachigen Teil hat diese Tradition – weil es näher bei der Westschweiz ist – eine viel stärkere Verankerung. In La Neuveville mit 5000 Einwohnern gibt es ein Gemeindeparlament, hingegen hat die Gemeinde Belp kein Gemeindeparlament trotz mehr als 10'000 Einwohnern. Wir haben diesbezüglich also ganz unterschiedliche Realitäten. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die grüne Fraktion ist es wichtig, dass wir diese Diskussion führen. Dass wir sie in den Gemeinden führen, aber auch hier. Ich erinnere daran, dass das in anderen Kantonen in der Kantonsverfassung bereits geregelt ist.

Vielleicht einfach noch ein Aspekt, der uns in dieser Diskussion wichtig scheint: Auch auf kommunaler Ebene gab es immer wieder Vorstösse, dies zu ändern. Ich glaube, in Belp wurde das auch schon diskutiert, in Wohlen gibt es jetzt eine Gemeindeinitiative, um genau diese Diskussion zu führen. Covid-19 hat gezeigt, und da komme ich zum Schluss, dass unsere bewährten Systeme, die

jetzt vielleicht Jahrzehnte lang richtig waren – auch aufgrund einer veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung –, in solchen Krisensituationen vielleicht nicht ganz krisenfest sind.

Deshalb ist die grüne Fraktion der Meinung: Führen wir diese Diskussion sowohl in den Gemeinden als auch kantonal. Aber es ist richtig, dass wir hier auch die kantonalen Aspekte diskutieren und überlegen, ob es Kriterien geben kann. Weil Gemeinden, die mehr als 10'000 Einwohnerinnen und Einwohner haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, da sind wir uns glaube ich einig, brauchen eine gewisse Organisationsform der Demokratie, und dazu reicht die Gemeindeversammlung nicht. Das kann in kleinen Gemeinden richtig und wichtig sein. Ich bin selber auch in einer politischen Gemeinde aufgewachsen, in der man an die Gemeindeversammlung ging. Das kann in kleinen Gemeinden richtig sein und bleiben. Aber in grossen Gemeinden, glaube ich, braucht es einen Schritt. Wagen wir Demokratie, wagen wir diesen Schritt. Die grüne Fraktion unterstützt deshalb den Vorstoss.

**Stefan Costa, Langenthal (FDP)**, Fraktionssprecher. Zuerst meine Interessenbindung: Ich wohne in einem Ort mit einem Gemeindeparlament seit 1918. Trotzdem werde ich für die FDP-Fraktion hier vehement die Ablehnung dieser Motion vorschlagen. Diese ist bei uns, das muss ich ehrlich sagen, auf Unverständnis gestossen. Nicht, weil man die Frage diskutiert. Aber, weil man die Idee haben kann, hier dermassen in die Gemeindeautonomie einzugreifen. Die FDP-Fraktion will nicht die politische Diskussion um Sinn oder Unsinn der Gemeindeversammlung an sich führen, sondern eben letztendlich die Diskussion um die Kompetenzen.

Demokratie ist immer ein Privileg derjenigen, die daran teilnehmen – ob das viele sind oder wenige. Es ist ein Privileg derjenigen, die dieses Recht wahrnehmen. Und das ist in jedem Fall gegeben bei einer Gemeindeversammlung – ob jetzt viele da sind oder wenige. Ich muss nicht länger reden. Ich habe mir verschiedene Stichworte aufgeschrieben, die Grossrat Messerli etwas wohlfeiler geäussert hat, als ich das jetzt vielleicht mache. Ich möchte einfach einen Punkt noch unterstreichen: Diese Diskussion führen – ja, unbedingt. Unbedingt, aber von unten nach oben, und nicht von oben nach unten. In verschiedenen Gemeinden sind solche Projekte angedacht und wachsen. Selbstverständlich kann man das nicht einfach ad hoc irgendwo an einer Gemeindeversammlung zur Diskussion stellen und meinen, das so abhandeln zu können. Das ist ein Prozess, vielleicht mit Workshops oder ich weiss nicht was. Die Gemeinden, die das wollen, sollen das machen, und die anderen lassen wir bitte in Ruhe.

**Patrick Freudiger, Langenthal (SVP)**, Fraktionssprecher. Auch die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, diesen Vorstoss abzulehnen, auch falls er in ein Postulat umgewandelt würde. Die meisten Gründe wurden bereits genannt; im Vordergrund steht die Gemeindeautonomie. Wir wollen keine Denkverbote, aber wir wollen nicht, dass wir mit dem Zweihänder den Gemeinden Vorgaben machen, wie sie sich organisieren sollen. Die Organisationsautonomie der Gemeinden ist etwas Wichtiges und würde hier über die Gebühren beschränkt. Ich habe hier ein wenig den Eindruck bekommen, dass man das Gemeindeparlament gegenüber der Gemeindeversammlung vielleicht doch ein bisschen zu einseitig schön dargestellt hat. Ich bin seit 2005 in einem Gemeindeparlament und nehme für mich in Anspruch, dass ich eine gewisse Vorstellung davon habe, wie ein Gemeindeparlament funktioniert. Es ist einfach schon nicht so, dass man im Parlament nur die fundierten, bedachten, lange angedachten Diskussionen hat und auf der anderen Seite in der Gemeindeversammlung die spontanen, unkontrollierten und von populistischen Neurosen getriebenen Debatten. So ist es einfach nicht.

Und vielleicht erinnern Sie sich noch an vor ein paar Tagen: Es kommt sogar in den kantonalen Parlamenten vor, dass kurz vor Torschluss noch neue Anträge gestellt oder bestehende Anträge zurückgestellt werden und man sehr spontan sein muss. Also auch das ist nicht etwas, das es nur in Gemeindeversammlungen gibt. Ich gebe ausserdem zu bedenken: Wenn Sie 40 Parlamentsmitglieder haben – wir haben in Langenthal 40 Parlamentsmitglieder –, stärkt das natürlich indirekt auch Organisationen mit politischem Kapital – Lobby-Organisationen. Denn diese können sich dann natürlich darauf beschränken, auf die 40 Parlamentarier Einfluss zu nehmen, sie in Stiftungsräte oder in Vereine einzuladen und sogar zu Mitgliedern oder eben Stiftungsräten zu machen und so vielleicht eine gewisse Nähe zur Politik herzustellen. Das geschieht natürlich zum Vorteil der ent-

sprechenden Organisationen, wenn sie dann beispielsweise Geldbeiträge von der Gemeinde erhalten wollen. Eine solche Einflussnahme ist bei Gemeindeversammlungen vielleicht etwas weniger gut möglich. Selbstverständlich haben auch Gemeindeversammlungen Nachteile. Wir haben es gehört: Häufig kommen wenig Leute und manchmal läuft es etwas sehr spontan. Kurz: Beide Organisationsformen haben ihre Vor- und Nachteile. Es ist schade, wenn wir das hier jetzt gegeneinander ausspielen. Wir empfehlen Ihnen, diesen Vorstoss abzulehnen.

**Andreas Mühlemann, Grasswil (Die Mitte)**, Fraktionssprecher. Die Mitte-Partei sieht es gleich wie mein Vorredner. Ich komme aus einer kleinen Gemeinde, dort ist das keine Diskussion im Moment, ob man ein Parlament macht oder nicht. Wir sind klar dagegen, dass die Regierung für mittelgrosse und grosse Gemeinden die Grundlage dafür schaffen soll, wie es hier steht. Wie bereits gesagt wurde: Das muss von unten nach oben wachsen. Wenn eine Gemeinde das will, muss sie bei sich schauen und das bei sich einführen. Deshalb lehnt die Mitte-Fraktion beide Punkte ab.

**Stefan Bänz Müller, Innerberg (SP)**, Fraktionssprecher. Die Technik versagt, deshalb mache ich es ohne Text. Ja, natürlich, man muss und soll die Diskussion Gemeindeversammlung oder Parlament führen. Ja, natürlich gibt es für beide gute Argumente dafür und dagegen, und ja, natürlich ist es so, dass eine grosse Gemeinde vermutlich mit dem Parlament bessere Partizipation bieten kann. Dieser Diskussion wird sich die SP-JUSO-PSA ganz sicher nicht verschliessen.

Bei uns kommt aber auch ein grosses Aber. Ich wollte eigentlich nicht von Wohlen sprechen, weil ich das jetzt in dieser Session schon ein paar Mal gemacht habe. Sie wissen inzwischen, wo ich herkomme. Aber Wohlen wurde eben bereits genannt. Darum muss ich gleichwohl sagen: Wir haben es schon probiert, wir haben 2016 die Bevölkerung gefragt. Das hat keine Chance. Es läuft jetzt eine Initiative einer Partei in der Gemeinde Wohlen. Das ist gut so und das vielleicht auch eine Chance. Ich kann mir sogar vorstellen, dass in Wohlen mit den 9300 Einwohnern dieses Parlament tatsächlich eingeführt wird. Aber genau so, wie das in Wohlen geplant ist: bottom up. Es ist wirklich Aufgabe der Bevölkerung einer Gemeinde, selber zu sagen, was sie will. Wenn wir jetzt die ganze Situation umkehren, heisst das nichts anderes, als dass der Kanton jetzt für die Gemeindebürgerinnen und -bürger vorentscheidet. Das ist eigentlich der Hauptpunkt, weshalb die SP-JUSO-PSA diese Motion grossmehrheitlich ablehnen wird: weil wir der Meinung sind, dass die Bevölkerung der entsprechenden Gemeinde selber entscheiden können soll und muss, welche Form der Partizipation sie will – im Wissen darum, dass diese Diskussion unbedingt muss geführt werden muss und es absolut sinnvoll ist, dass sie gerade in mittelgrossen und grossen Gemeinden auch geführt wird.

**Natalie Imboden, Bern (Grüne)**, Einzelsprecherin. Ich bin etwas erstaunt über das Votum meines Vorredners, aber es ist nicht an mir, das jetzt zu werten. Ich glaube, die Diskussion ist reif, sie muss jetzt geführt werden, und der Vorstoss ist ja ein Beitrag zu dieser Diskussion. Man kann ja dann nachher beurteilen, ob man dafür oder dagegen sein will. Ich bin jetzt aber aufgrund des Votums von Kollege Freudiger noch einmal nach vorne gekommen.

Ich habe in meinem Votum ja auch gesagt, dass es nicht einfach schwarz-weiss ist. Es gibt Orte, bei denen eine Gemeindeversammlung durchaus Sinn machen kann. Aber in grossen Gemeinden ist es einfach tatsächlich so, dass es heute nicht mehr den Anforderungen gerecht wird, wenn sich eben wie gesagt 20 Leute treffen und eigentlich für 5000 Entscheide fällen müssen. Aber dein Votum war, dass die Einflussnahme auf die Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu gross sei und man das auch bedenken müsse. Da staune ich schon etwas. Das kommt von einer Partei, die vor genau 10 Minuten dagegen war, dass man Transparenz schafft bei der Parteienfinanzierung. Dann in einem Votum zu sagen, die Einflussnahme sei zu gross, erstaunt mich doch sehr. Ich glaube, es gilt, hier mit gleichen Ellen zu messen. Die Einflussnahme ist auf allen Ebenen des Staatswesens möglich. Das Wort Korruption ist heute schon einmal gefallen. Ich möchte das eigentlich so nicht sagen, das ist nicht eine Frage von Korruption, aber die Einflussnahme gibt es. Das gibt es in der Politik. Dagegen sollten wir auch nicht die Augen verschliessen, aber das jetzt als Argument gegen ein Parlament auf kommunaler Ebene zu bringen, finde ich doch schon sehr erstaunlich, und das von einem Parlamentarier, der ja in beiden Parlamenten, soweit ich weiss, auch sitzt. Wenn man

also dagegen wäre, Teil dieser demokratischen Auseinandersetzung zu sein, und sich dann gleichzeitig dagegen ausspricht – das finde ich doch sehr erstaunlich.

**Vizepräsident.** Die parlamentarische Diskussion hat stattgefunden. Das Wort hat jetzt unsere Regierungsrätin.

**Evi Allemann, DIJ-Direktorin.** Im Kanton Bern sind die Gemeinden wie gesagt frei, zu entscheiden, ob sie ein Parlament möchten oder nicht. Das ist so in der Verfassung vorgesehen. In der Verfassung steht, dass eine Gemeinde, wenn sie ein Parlament hat, bestimmte Aspekte berücksichtigen muss. Aber es gibt keine Möglichkeit, dass der Kanton gewissen Gemeinden vorschreibt – oder sie mit anderen Worten zwingt –, ein Parlament einzuführen. Wenn wir das möchten, müssten wir unsere Verfassung ändern. Der Regierungsrat sieht keine Notwendigkeit, die Organisationsfreiheit der Gemeinden im Kanton Bern einzuschränken, und dafür eine Revision der Verfassung und dann im Nachgang natürlich auch des Gemeindegesetzes einzuleiten. Die Einführung eines Gemeindeparlaments ist ein bedeutsamer Schritt, ein wichtiger Schritt für eine Gemeinde. Diese Diskussion zu führen, ist jeder Gemeinde selber überlassen. Es gibt verschiedene Argumente dafür oder dagegen, die jetzt hier eigentlich gar nicht Gegenstand der Diskussion sind. Die Motion möchte, dass man gewisse Gemeinden verpflichtet, ein Gemeindeparlament einzuführen. Das ist wirklich ein massiver Eingriff in die Organisationsautonomie der Gemeinden. Diesen Eingriff lehnt der Regierungsrat ab. In den Ausführungen wurde jetzt mehrfach gesagt, dass es 23 Gemeinden mit einem Parlament gibt, und die überwiegende Mehrheit – 316 Gemeinden – treffen sich an den Gemeindeversammlungen oder führen für gewisse Fragen Urnenabstimmungen durch. Covid-19 hat gezeigt, dass die Möglichkeit, eine Urnenabstimmung durchzuführen, attraktiv ist, und auch ein gutes Instrument, um die Stimmbeteiligung zu erhöhen. Bei Urnenabstimmungen hat man tendenziell eine höhere Stimmbeteiligung. Wenn man sich als Gemeinde die Frage stellt: «Wie können wir parallel zu einer Urnenabstimmung trotzdem eine Diskussion ermöglichen?», ist das durchaus auch mit anderen Instrumenten als der Einführung eines Parlaments möglich – indem man Informationsveranstaltungen oder Mitwirkungsveranstaltungen durchführt.

In kleineren Gemeinden gibt es auch die Möglichkeit, Arbeitsgruppen oder einen Ausschuss mit Personen aus der Bevölkerung einzusetzen, um so eine gewisse Repräsentanz zu haben. Das kann man natürlich auch in mittleren und grösseren Gemeinden machen. Nur ist es viel schwieriger, solche Arbeitsgruppen in den mittleren und grösseren Gemeinden dann wirklich repräsentativ zusammensetzen. Aber es gibt mit anderen Worten bereits heute verschiedene Instrumente, abgesehen vom Parlament, um mit der Bevölkerung in einen Dialog zu treten und die Mitwirkung zu garantieren, ohne dass wir die Organisationsfreiheit der Gemeinden massiv einschränken. In diesem Sinn beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, die Motion abzulehnen.

**Vizepräsident.** Der Motionär will noch einmal das Wort.

**Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne), Motionär.** Vielen Dank für die Diskussion, liebe Anwesenden. Ich habe zwei oder drei Dinge, die ich gerne noch ergänzen möchte. Zum einen hat Patrick Freudiger von einem Denkverbot gesprochen. Stefan Costa hat die Gemeindeautonomie erwähnt. Ich möchte Ihnen einfach dazu noch ein Beispiel nennen. Was ist denn die Gemeindeautonomie, was ist denn das Denkverbot, wenn Sie z. B. an eine vorgesezte Traktandenliste herankommen, aber als Mitglied der Gemeindeversammlung gar kein Antragsrecht haben, um irgendein Thema einzubringen? Das können Sie nicht! Hier können Sie einen Zettel oder eine Vorlage nehmen, eine Motion oder einen Vorstoss etc. aufschreiben und das dann einreichen. Dann können wir das in diesem Saal diskutieren. Das können wir in der Gemeinde nicht. Wir stehen auf der Strasse, sammeln 350 Unterschriften und dann gibt es ein relativ langes Verfahren, bis man dann darüber sprechen kann, und manchmal ist das Thema vielleicht schon gar nicht mehr so aktuell. Das sind die zwei Sachen.

Bänz Müller möchte ich nur noch kurz sagen: 2016 wurde das schon diskutiert, aber im Gemeinderat. Wir hatten nie eine Abstimmung darüber, weder in der Gemeindeversammlung noch an der

Urne. Und das ist eben genau das Problem: Häufig kann man halt in der Exekutive auch ein bisschen verwechseln, was wir gemacht haben und was nicht, und ob man das an der Gemeindeversammlung kurz erwähnt hat oder nicht. Ich habe aber gut zugehört, wandle jetzt diese zwei Punkte in ein Postulat um und hoffe, ich erhalte dann die eine oder andere Zustimmung.

**Vizepräsident.** Dann stimmen wir ab über das Traktandum 67, «Politische Partizipation auf Gemeindeebene verbessern». Der Motionär hat in ein Postulat umgewandelt: Wer das Postulat annimmt, stimmt Ja. Wer das Postulat ablehnt, stimmt Nein.

### **Abstimmung / Vote**

2020.RRGR.404: als Postulat / sous forme de postulat

#### **Ablehnung / Rejet**

|                         |     |
|-------------------------|-----|
| Ja / Oui                | 26  |
| Nein / Non              | 102 |
| Enthalten / Abstentions | 12  |

**Vizepräsident.** Sie haben das Postulat abgelehnt.